

Antrag

**der Abgeordneten Deniz Celik, Dr. Stephanie Rose, Sabine Boeddinghaus,
Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch,
Metin Kaya, Cansu Özdemir, David Stoop, Heike Sudmann
und Insa Tietjen (DIE LINKE)**

**Betr.: Verelendung am Hauptbahnhof beenden: Angebote für obdachlose
Drogenkonsument:innen schaffen**

Nicht erst seit der Corona-Pandemie berichten Sozialarbeiter:innen von einer zunehmenden sichtbaren Verelendung der obdachlosen Menschen auf Hamburgs Straßen. Insbesondere in und um den Hamburger Bahnhof scheint sich die Situation der obdachlosen Drogengebraucher:innen verschärft zu haben. Auch der Senat beziehungsweise die zuständige Sozialbehörde kommt in einer Anfrage der Linksfraktion (vergleiche Drs. 22/10054) zu der Einschätzung, dass eine zunehmende Durchmischung der Gruppen obdachloser und drogengebrauchender Menschen zu beobachten sei. Dies geht nach Einschätzung von Expert:innen mit einer Verlagerung der Suchterkrankungen vom Alkohol hin zu synthetischen Drogen und einem damit verbundenen noch stärkeren und stetigen Beschaffungsdruck einher. Hinzu kommt, dass nicht deutsche obdachlose Menschen wegen mangelnder gesetzlicher Leistungsansprüche keinen Zugang zum Regelsystem haben und auf niedrigschwellige Hilfsangebote, wie Tagesaufenthaltsstätten, angewiesen sind. Laut der Obdachlosenbefragung von 2018 leben mehr als die Hälfte der nicht deutschen obdachlosen Menschen seit ihrer Ankunft in Hamburg ununterbrochen auf der Straße. Tritt zu einem solchen verfestigten prekären Aufenthalt eine Suchterkrankung hinzu oder lag eine solche bereits vor, ist eine erfolgreiche Perspektivbildung erheblich erschwert.

Auch wenn mit der Einrichtung einer neuen Tagesaufenthaltsstätte in der Spaldingstraße ein neues Angebot für obdachlose Menschen geschaffen wurde, richtet sich dieses nicht explizit an Drogengebraucher:innen und steht auch nur bis Ende April beziehungsweise bei möglicher zweimaliger Verlängerung bis Ende Juni zur Verfügung. Mehr noch: Die suchtspezifische Straßensozialarbeit mit dem Einsatzgebiet rund um den Hauptbahnhof ist trotz des sichtbar gestiegenen Bedarfs mindestens in den letzten fünf Jahren nicht erhöht worden (vergleiche Drs. 22/10740). Die Stellen von zwei Straßensozialarbeiter:innen, die speziell für den Hansaplatz eingerichtet wurden, sind ebenfalls derzeit nicht besetzt. Problematisch ist darüber hinaus, dass die bestehende Sozialarbeit nicht unbürokratisch in weiterführende Hilfen vermitteln kann.

Straßensozialarbeit sucht die Menschen dort auf, wo sie sich aufhalten, und richtet sich insbesondere an Personen, die das etablierte Hilfesystem bisher nicht nutzen. Sie arbeitet unvoreingenommen, lebensweltnah und niedrigschwellig. Vor dem Hintergrund der eingangs beschriebenen Gruppe der obdachlosen Drogengebraucher:innen ist die Schaffung beziehungsweise Verstärkung von Überlebenshilfen für diejenigen, die über keinen gesicherten Aufenthaltsstatus und Krankenversicherungsschutz verfügen und ansonsten keinen Zugang zu Angeboten des Regelsystems haben, zwingend notwendig.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. die bestehende Straßensozialarbeit mit dem Schwerpunkt Drogen und Sucht mit dem Einsatzgebiet rund um den Hauptbahnhof so auszustatten, dass sie unbürokratischen Zugang zu weiterführenden Hilfen hat und in diese uneingeschränkt vermitteln kann. Um eventuell vorhandene Sprachbarrieren abbauen zu können, sollte die Straßensozialarbeit mehrsprachig aufgestellt sein,
2. Anstrengungen zu unternehmen, um die unbesetzten Stellen für Sozialarbeiter:innen am Hansaplatz zeitnah zu besetzen und diese an das Fachamt Sozialraummanagement des Bezirks Hamburg-Mitte anzugliedern,
3. eine ganztägig geöffnete konsumtolerante Tagesaufenthaltsstätte in unmittelbarer Nähe zum Hauptbahnhof einzurichten,
4. ein niedrighschwelliges konsumtolerantes Unterbringungs- und Beratungsangebot, nach dem Vorbild der Notunterbringung und Beratung für von Obdachlosigkeit bedrohte/betroffene Sexarbeiter:innen während der Corona-Pandemie, einzurichten,
5. die bestehenden konsumtoleranten Erstversorgungseinrichtungen für Drogengebraucher:innen bedarfsgerecht aufzustocken,
6. sicherzustellen, dass bei der Planung des Umbaus des Hauptbahnhofs ausreichend Aufenthaltsmöglichkeiten für obdachlose Menschen berücksichtigt werden,
7. der Bürgerschaft bis zum 31. Mai 2023 dazu zu berichten.